

Wöchentliche Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Abonnementpreis: Die fünfzehnpäunige Korpusgröße 20, Restausgabe 20 Pf.

Abonnementpreis in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10 bis Dreifachen vormittags 10 Uhr. Höhere und löblichere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in schriftl. Form ein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteiljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 RM. von unseren Seiten und durch geschätzt 1,75 RM und durch den Buchhändler 1,74 RM.

Vierteiljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unseren Seiten und allen Postämtern angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 76.

Dienstag, den 1. Juli 1919.

58. Jahrgang.

Zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Die auf den 28. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Versailles endgültig festgesetzt wurde, ist die aus den Ministern Detmann Müller und Dr. Helff bestehende Delegation Sonnabend früh 3 Uhr im Sonderzuge in Saint Omer eingetroffen, wo sie von dem Gesandten von Gantel und Oberst Henz empfangen und in einem Hotel im Hotel des Reservieres in Versailles geleitet wurde.

Da der hohe Rat der Vier offenbar für Zusammenhänge etwas übrig hat, wird darauf aufmerksam gemacht, daß der 28. Juni der Geburtstag des Kaisers ist. Und ein eigenartiger Zufall will es, daß der 28. Juni auch der folgenschwerer Tag ist, an dem das überreichste Ehrenopfer an dem Kaiser wurde. An dieses seltsame Zusammenreffen hat der hohe Rat der Vier sicherlich nicht gedacht, sonst würde er für die Unterzeichnung des Friedens nicht den Geburtstag gewählt haben, an dem durch einen verrätherischen Mord der Weltkrieg sich ereignete.

Vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages ist bereits am Sonnabend vormittag um 10½ Uhr ohne Rücksicht auf die

Sollmächten ausgetauscht

worden.

Am Tage vor der Unterzeichnung des Friedens hat unser Gesandter v. Gantel in Versailles dem Kaiser eine Note zuzustellen lassen, worin die deutsche Regierung erklärt, daß sie gemäß Artikel 432 des Friedensvertrages sich nicht für verpflichtet hält, das von den alliierten und assoziierten Mächten ausgearbeitete

Abkommen über die Rheinlande

ohne weiteres als bindend anzuerkennen. Ferner würde es nach Ansicht der deutschen Regierung im beiderseitigen Interesse liegen, wenn der mitgeteilte Entwurf, dessen Bestimmungen den praktischen Bedürfnissen nicht entsprechen, zum Gegenstand besonderer Verhandlungen gemacht würde. Die deutsche Regierung habe es für notwendig, daß alsbald nach Unterzeichnung Bevollmächtigte beider Vertragsparteien zusammenzutreten, um die Bestimmungen des Abkommens zu ergänzen.

In einer anderen Note an Clemenceau betont Gesandter v. Gantel, nachdem er erneut Einspruch gegen die inoffiziell aufgetragene Verhaftung des deutschen Berichterstatters Schenemann erhoben, daß sämtliche zur Begleitung der deutschen Friedensdelegation gehörenden Personen Mitglieder derselben sind und daher nach allgemeinem anerkanntem Völkerrecht das Recht der Exterritorialität genießen und erjucht um eine abschließende Erklärung, daß sämtliche in Versailles anwesenden Mitglieder der deutschen Friedensdelegation die ihnen zustehenden extraterritorialen Rechte, insbesondere freies Geleit, zu genießen werden.

Vor der Ratifizierung des Vertrages.

Es ist zu beachten, daß der Kriegszustand nicht durch die Unterzeichnung, sondern erst mit der Inkraftsetzung des Friedensvertrages sein Ende erreicht. Die Inkraftsetzung erfolgt, sobald Deutschland und drei der gegenwärtigen Großmächte den Vertrag ratifiziert haben. Das wird aber nicht, wie eine deutsche Behauptung sagt, wahrscheinlich drei bis vier Wochen, sondern voraussichtlich ebensoviele Monate brauchen. Inzwischen bleibt die völkerrechtswidrige

Wohndeck aufrecht!

Auch die Kriegsgefangenen werden vor der Ratifizierung nicht freigelassen.

Die Wohndeck richtet sich gegen die Neutralen. Würde sie aufgehoben, während in Folge des andauern des Kriegszustandes in den gegnerischen Ländern das Recht des Handels mit dem Feinde weiterbestände, so würden die Neutralen bei der Wiederanfnahme der Wirtschaftsverbindungen zu Deutschland vor dessen Wegern einen Nachteil erfahren. Man will aber am liebsten beschwören, die Entente möchte die ja zur Gehege betreiben haben, daß sie Verlegungen des Völkerrechts nicht scheuen, wollen zuerst dem eigenen Handel die Türen nach Deutschland öffnen und sie für die Neutralen so lange wie möglich geschlossen halten.

Einigung im Eisenbahnerstreit.

Wichtigste und wirtschaftlichste Angelegenheiten an die Eisenbahner.

Bei den Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Weimarer, die am Freitag den ganzen Tag über im Abgeordnetenhaus stattfanden, wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Organisationen mit Rücksicht auf die von der Regierung gemachten Zugeständnisse auf den sofortigen Abschluß des Eisenbahnerstreits hinzuwirken werden. Die Vorkonditionen konnten wegen der finanziellen Lage nicht erfüllt werden. Es wurden aber den

Eisenbahner politischste Zugeständnisse und dem gesamten deutschen Volk große Erleichterungen durch Senkung der Lebensmittelpreise und Senkung bestimmter Nationen vor Wäge und Kopf zugesichert. In diesem Zweck fallen in den nächsten drei Monaten anderthalb Milliarden Mark angewandt werden.

Für Preußen allein ist etwa eine halbe Milliarde in den nächsten drei Monaten auszubringen, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der gesamten Einwohnerzahl Preußens dienen soll.

Die Ministerpräsidenten Hirth, unter dessen Vorsitz die Verhandlungen stattfanden, mitteilte, wird wahrscheinlich

versteht in der am 30. Juni beginnenden Woche die Preisentzug und Rationierung durchgeführt werden. Die Senkung wird so stark sein, daß die Ersparnis für eine fünfjährige Familie pro Woche 25 bis 30 Mark ausmachen wird.

Es sollen - vorläufig auf drei Monate - folgende Mengen und zu folgenden Preisen pro Wäge und pro Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden:

1. Ausländisches Getreide (je nach 2,50 RM.) für 0,80 RM. ¼ Pfund.
2. Ausländisches Fleisch (je nach 11 RM.) für 4,50 RM. 100 bis 250 Gramm (je nach Ort).
3. Ausländisches Reis (je nach 3,40 RM.) für 2,40 RM. ¼ Pfund oder ausländische Hülsenfrüchte (je nach 4,50 RM.) für 2,50 RM. ¼ Pfund.
4. Ausländisches Öl (je nach 7,70 RM.) für 4.- RM. ¼ Pfund.
5. Kartoffeln (je nach ausländische) für 12 bis 13 Pfennig das Pfund in regelmäßigen Abständen.

Auch bezüglich der politischen Forderungen

zeigte die Regierung Entgegenkommen. Minister Defer legte dar, er habe sich ständig bemüht, geordnete Verhältnisse für Arbeiter und Beamte mit festem untersten Bedürfnissen herbeizuführen. Diese Verordnungen können nicht die Form des Ratesystems haben, weil dies die Rechte der Landesparlamente verletzen würde. Dagegen werden die Verordnungen ausgeteilt. Diese werden zur Unterstützung der Reichsregierung erlassen, diese Frage auf gegenseitigem Wege so schnell wie möglich zu lösen.

Die Ministererklärungen in der preussischen Landesversammlung

Zu der Freilassung der preussischen Landesversammlung wurden nach Abbruch der Etablierung wichtige Regierungserklärungen zum Eisenbahnerstreit abgegeben.

Zunächst ergreift Finanzminister Dr. Südekum das Wort. Nachdem er mit Überzeugung von der in den Verhandlungen mit den Organisationen der Eisenbahner und Arbeiter erzielten Einigung Kenntnis gegeben, richtete er an die Beamten und Arbeiter die dringende Mahnung, ihren Dienst, der

Streit am Waterland

ist, nicht zu verlassen, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen, sich nicht politisch misbräuden zu lassen. Er wies ferner darauf hin, daß bei einer länger andauernden Sammelung unserer Reichsbehörden die Finanzen des Staates zu schwer und gründlich gefährdet werden, daß an eine Weiterzahlung der Gehälter, Pensionen und Hinterlassenenbezüge nicht mehr zu denken sein wird. (Sehr laut: Hört! hört!)

Größe Linde bei den U. S.) Die Regierung, welche die schwere Last der Eisenbahner nicht erkennen will, hat sich bereit, nach Wiederaufnahme des Betriebes zu helfen, soweit sie kann. Die dazu beschlossenen Maßnahmen legen dem preussischen Staat voranschaulich eine Last von mindestens 50 Millionen für die nächsten 3 Monate auf, das äußerste, was wir leisten können. Es wird aber allen in die Hände der Politik freien jungen Mann. Wenn das zweite Halbjahr sich nicht ganz wesentlich vom ersten zu seinen Gunsten unterscheidet, werden wir mit einem Fehlbetrag von 3800 bis 4000 Millionen M. abschließen (Große Bewegung.) Mit den bisher beschlossenen Mitteln von 10 Milliarden werde ich nicht auskommen können, sondern benötige 4 Milliarden mindestens neue Kredite von Ihnen verlangen müssen. (Hört! hört!)

Eisenbahnerminister Defer betonte, daß ein Eisenbahnerstreit zur äußeren Wohndeck die innere bringen würde, und machte von dem Lebensnotwendigen über die einzigen Weg zur Wohlstand bildende Senkung der Lebensmittelpreise Mitteilung. Die Einführung des Ratesystems habe die Regierung abgelehnt, wozu sie auch gezwungen wurde durch anfallende Vorkommnisse, wie, wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Wägel des Staates. (Sehr laut: Bewegung.) Wenn die Regierung die Wählerstimme abgelehnt habe, so wolle sie doch durch das demokratische Geist in die Staatsbetriebe einführen. Bei der Durchführung des Ratesgesetzes über die Wählerstimme betonte die Eisenbahner für sich keine Ausnahme. (Sehr laut: St.

fast nicht.) Voraussetzung bleibe natürlich die Ungefahrlichkeit des Bürgerrechts.

Die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen, deren Sprecher die Unterstützung der Regierung als zu spät bezeichnete, stimmten dem Vorschlag der Regierung zu, wofür Minister Defer ihnen dankte.

Ende des Streits in Breslau und Posen.

In Breslau wurde Sonnabend früh der Eisenbahnerstreit wieder aufgenommen, nachdem sich in einer Versammlung von ca. 10.000 Arbeitern nur zwei für den Streik ausgesprochen hatten. Auch in Posen verlehren die Rüge wieder. Ueber die Lohnforderungen soll noch verhandelt werden.

Die Vorgänge in Hamburg.

Widerstand der Reichswehr?

Nach einer amtlichen Meldung des Wolffsche Hamburg sind die Regierungstruppen, welche Hamburg besetzt hatten, nachdem die Vertreter der Arbeiterschaft bestimmte Garantien für die Erfüllung der von den Truppen gestellten Bedingungen gegeben haben, der Forderung aus dem hantwärtigen Staatsgebiet zurückgezogen worden. Die Zurücknahme der Truppen verließ nach anderer Meldung nicht ohne Schwierigkeiten, da die Menge auf die abziehenden Organisationen an verschiedenen Stellen einbrach und ihnen unter Verhöhnungen die Waffen entriß. Nach Mitteilung eines Augenzeugen sind jedoch die Truppen nicht von der Volksmenge einhellig worden. Die Menge war völlig waffenlos. Die Truppen haben vielmehr ihre Waffen freiwillig abgegeben, nachdem sie von der Menge über die Lage aufgeklärt waren; sie wollten unter diesen Umständen nicht gegen die Hamburger kämpfen. Damit Waffen und Munition nicht in irgendwoher gerieten, wurden sämtliche Gewehre von der Menge zerlegt und in die Erde geworfen. General von Lettow-Vorbeck, der oberste Führer der Reichsregierung gegen Hamburg, ist Freitag mittag in Friedrichsruh eingetroffen. Das Hauptquartier bleibt vorläufig dort.

Verletzung Hamburg nicht aufzuheben.

Nach einer amtlichen von maßgebender Stelle gegebenen Erklärung soll es sich bei den zurückgezogenen Truppen um schwächere Abteilungen der in Altona liegenden Teile des 9. Armekorps gehandelt haben. Sie sollten nur gegen die schwersten Unruhen eintreten, haben sich aber zu weit vorgewagt, wurden von den Einwohnern umringt und teilweise entwaffnet. Wegen dieses einzelnen Zwischenfalls war, wurde der Rest zurückgenommen. Die Division Lettow-Vorbeck geht im übrigen planmäßig ihren Weg. Ihr Einmarsch ist in absehbarer Zeit zu erwarten.

Die Opfer.

Die Zahl der Toten hat sich auf 54 erhöht. Darunter befindet sich auch ein Mann, der bei einem Monteur mit den Regierungstruppen erschossen worden ist. Der zweite Sohn des Senators Sander befindet sich ebenfalls unter den Toten. Er hatte ein Wundmalgeschwür zu bedienen und wurde eingeschossen, sprang dann aber, als die Menge auf ihn eindrang, in den Kan. Als er sich erheben wollte, wurden von der Menge aus mehreren Schüssen auf ihn abgegeben. Zu Tode getroffen fiel er unter und ertrank. Die Leiche ist gefunden worden. In der Stadt, besonders in der Billengend, werden viele Häuser zerstört eingeschiffert.

Die Justizreform in Preußen.

Die Preussische Landesversammlung.

Die am Freitag die zweite Lesung des Staatshaushaltsplanes für 1919 begann, trat zunächst in die Beratung des Haushalts der Justizverwaltung, zu welcher verschiedene Entschlüsse des Ausschusses vorliegen, wonach frühere Zurücksetzungen von Rechtsanwältinnen bei der Ernennung zu Notaren aus politischen und sonstigen Gründen wieder gutgemacht werden sollen. Ferner die Rechtsanwältinnen nach ihrem Dienstjahre und schrittweiser Zurücksetzung am Vorkaufsrecht zu Notaren ernannt werden sollen und weiter die Zulassung von Arbeitern und Frauen zu den Schöffen und Geschworenenengerechtigten geregelt werden soll, sowie das Wählergesetz zum Abschluß der Reformen werden soll, daß gegen die Kritik der außerordentlichen Kriegsgericht die Vorschriften an das Reichsgericht sowie das Wiederaufnahmeverfahren eingeführt werden.

Von den vorliegenden Parteianträgen geht ein Antrag der Udg. Südekum (D. nat.) und Genossen davon aus, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bis zu anderweitig gefestigt.

Wegnahme des Wählerrechts

des Trägers der Staatsmacht in Preußen durch die Reichsregierung nicht angesetzt wird, und daß die Regierung das Recht der Immunität nur unter Zustimmung der Landesversammlung ausüben befügt ist.

Der Reichsjustizrat beantragt, den Teil dieses Antrages bezüglich des Wählerrechts abzuweisen. Die Udg. Südekum und Genossen haben später ihren Antrag in die Form eines Gesetzentwurfs gebracht.

der bestimmt: Soweit das Regnationsrecht dem preussischen Staat zusteht, ist es die Staatsregierung selbst oder durch die in der kaiserlichen Erlasse mit der Aufgabe aus, daß Annehmen eines Landesgesetzes bedürfen.

Hg. Heilmann (Soz.) wandte sich mit scharfen Worten gegen die Aufzählung und unerschöpflichen Aufzählungen. Fast jeder politische Streik sei gegenwärtig von Abänderungen und Änderungen begleitet. Der Arbeiter ist begleitet. Die größte Gefahr auch für die Reichsregierung liegt

in einer Bewegung, die man Sozialismus nennen kann, die unter dem Deckmantel politischer Ziele auf nichts weiter ausgeht, als auf Wand und Fälschung.

Hg. Rosenfeld (U. Soz.) bezog sich auf den Erlass des Reiches gegen den Streik als eine Provokation und erregte dadurch allgemeinen Widerspruch, während seine weitere Behauptung, daß seine Partei im Besitz einer Propagandalistik trotz ihrer Unschuld noch zu verhaften sei, mit Beifall und Unglauben aufgenommen wurde. Redner gab dann eine ausführliche Schilderung des Arbeitskampfes, den er unter kaiserlichem Widerspruch ein Beispiel mangelhafter Reichsregierung nannte. Als er dann den Minister seine Unabgeschlossenheit vorwarf, erteilte ihm Präsident Seiner eine Ordnungsruf.

Zusammenhänge Dr. Am Jahnhoff erhob Widerspruch gegen diesen bedauerlichen Vorgang gegen den Minister seine Ehrenhaftigkeit über allen Zweifel erhaben sei.

Wiesbaden. Die „Frank. Nachr.“ melden aus Wiesbaden: Wie aus zuverlässiger Quelle unter Vorbehalt mitgeteilt wird, wurde der Wälderener Kommunistenführer Dr. Max Bauer hier verhaftet.

München. Dr. Neuraß, gegen den im Zusammenhang mit dem Arbeiterkongress ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt, ist gegen Stellung einer Kaution aus dem Jail entlassen worden.

Ein Preis des St. Helena? Ein herborragendes Mitglied der Pariser Friedensbewegung hat sich zu einem holländischen Journalisten dahin geäußert, daß man dem ehemaligen deutschen Kaiser einen Preis auszuweisen würde, den er nicht verpassen dürfte. Sollte sich Wilhelm II. weigern, vor dem internationalen Gerichtshof zu erscheinen, so würden ihn außerdem, niederländisches Gebiet zu verlassen, so werde der Kaiser nichts hindern, nach Deutschland zurückzukehren. In dem Fall würde in Unterhandlungen mit der deutschen Republik eingetreten, damit dieselbe dem Kaiser zwingt, vor dem Gerichtshof zu erscheinen.

Der böse Wille. Die Verletzung der deutschen Flotte an der spanischen Küste wird aus dem Clemenceau als über Willen angelegt, der Abwendung der Verlängerung der Diskussion des Rheinlandes bediene. Wenn die Franzosen in der gleichen Angelegenheit wären, so hätten sie es eine Heidenat erden Wanges genannt. So geschah es auch, als 1870 französische Soldaten die Pfabende von Laon in die Luft sprengten, und bei anderen Gelegenheiten. Die Urheber erhielten Denkmäler in Frankreich.

Wohlthätiger zur Senkung der Lebensmittelpreise. Wie aus holländischen Kreisen berichtet wird, soll die Regierung entschlossen sein, erhebliche Mittel, es handelt sich um Forderungen von etwa fünf Millionen Mark, aufzuwenden, um die Lebensmittelpreise zu senken. Auf der anderen Seite soll dann aber auch schärfste Vorgegangen werden, bei Versuchen, durch wilde Streiks und Unruhen das wirtschaftliche Leben zu stören.

Mordprozess Kilder.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung vor dem Schwurgericht in Halle wegen der bestialischen Ermordung des Oberleitnants v. Kilder machte eine im Antrag eines Angeklagten geltende Entlassungsgewährung überaus lebhaft eine Urtage an über den Hauptangeklagten Bauer. Sie habe gesehen, wie Bauer dem Oberleitnant die Papiere abgenommen hat und wie darauf Bauer, Fiedler, Krüger und Gierold v. Kilder über die Bräutigam geworfen haben. Bauer habe den sich am Geländer schließenden Offizier an die Bräutigam geschlagen. Entsetzt habe sich die Zeugin abgewandt, daraufhin habe ihr Gierold zugerufen: „Schere Sie sich doch weg, wenn Sie so etwas nicht sehen können.“ Fiedler habe geantwortet: „Schreit nicht, laßt ihn laufen.“ Gierold sei über die Bräutigam gerannt und habe den sich an das Ifer stehenden Offizier, der die Hand hochhielt, als ob er etwas sagen würde, wieder einmal über den Kopf geschlagen. Auf die belästigende Aussage beriefen Zeugin im letzte Fiedler und nimmte das Geständnis ab, daß er den Oberleitnant v. Kilder an den Weinen gefaßt und über das Geländer gehoben habe. Die übrigen Angeklagten beharrten bei ihrem Bekenntnis. Nach der Mittagspause teilte der Vorsitzende mit, daß die zuletzt vernommene Zeugin bedroht und ihr bedeutet worden sei, es würde ihr schlecht gehen, wenn sie etwas ausseige. Eine andere Zeugin, die ebenfalls belästigende Aussagen gegen Gierold machte, er sei es gewesen, der den auf dem Rasen

Waffen für ein Sonderbündnis. Wenn Mitglied von der amerikanischen Friedensbewegung erklärte Wilson, er sei bereit, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich verpflichten, Frankreich zu Hilfe zu kommen, falls es von Deutschland bedroht wird.

Ein früherer deutscher Abgeordneter dänischer Minister. Der frühere preussische Landtags- und deutsche Reichstagsabgeordnete, Vertreter der dänischen Arbeitseigenen Partei ist in die dänische Regierung eingetreten und zum Minister ohne Portfeuille ernannt worden.

Hindenburgs Rücktritt.

Generalfeldmarschall von Hindenburg hat den Oberbefehl niedergelegt, wozu er dem Reichspräsidenten Ebert in einem Telegramm aus Kolberg kurz Mitteilung machte. Dieser Entscheidung kommt nicht unerwartet, da Hindenburg bereits im Mai bei der Unterscheidung des Friedens als der Termin für seinen Lebensrücktritt ins Privatleben bezeichnet hatte. Mit welchen Gefühlen er seinen Entschluß zur Ausführung bringt, dafür gibt folgende

Abschiedsrede an die Truppen

herbeiden Ausdruck: „Soldaten! Ich habe mich seiner Zeit der Regierung gegenüber durch mich ausgesprochen, daß ich als Soldat den ehrenvollen Untergang eines schmachvollen Vorgehens muß. Diese Erklärung bis ich Euch schuldig. Nachdem ich schon früher meine Absicht fundament hat, nach erfolgter Friedens-

entscheidung wieder in den Ruhestand zurückzutreten, lege ich nunmehr den Oberbefehl nieder. Ich gebe bei meinem Abschied vor allem bewegten Herzens der langen Jahre, in denen ich drei königlichen und kaiserlichen Kriegsherrn dienen durfte. Zeiten voller unermüdbar Friedensarbeit, stolzen Aufstieges, großer Siege und großen Abwärtens stehen mir dabei vor Augen. Ich gebe dann aber auch mit tiefem Schmerz der traurigen Tage des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes. Die ungebende Treue und das Vertrauen, mit denen Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften neben mir standen, war mir ein Lichtblick in dieser namenlos schweren Zeit. Dafür gebührt Euch allen dankend nicht zuletzt den Freiwilligenverbänden, die unermüdet die Wacht an der Front hielten, mein unauflöslicher Dank.

Mit tiefem Dank verabschiede ich aber noch eine Bitte für die Zukunft. Wie der eingetragte Brief über die Ereignisse der letzten Tage deutet, ist seine Sache. Für sein Handeln darf es aber nur eine Maßnahme geben, daß Wohl des Vaterlandes. Nach nicht unbedeutendem in schwerer Gefahr. Die Möglichkeit, die inneren Ruhe zu wahren und zu fruchtbringender Arbeit zu gelangen hängt wesentlich von der Festigkeit unserer Wehrmacht ab. Die Festigkeit zu erhalten ist, daher unsere erste Pflicht. Die persönlichen Angelegenheiten, so schwer es Euch auch fallen mag, müssen zurückgestellt werden. Nur durch solche einmütige Arbeit kann es mit Gottes Hilfe gelingen unser armes deutsches Vaterland aus tiefer Erniedrigung wieder besseren Zeiten entgegenzuführen.

Lebt wohl, ich werde Euch nie vergessen.“

Dieser Abschiedsbrief an die Armee ist ein Dokument menschlicher Größe, das ganz für sich selbst spricht.

Reichsmann Hollweg stellt sich der Entente.

Reichsmann Hollweg an Clemenceau. Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann Hollweg hat, nachdem er bereits am 20. Mai d. J. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat folgen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schreiben zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen.

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Es. Maj. Wilhelm II. von Hohenzollern, früheren Deutschen Kaiser, wegen schwerer Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der gegenwärtigen Wacht der Verrätere unter öffentlicher Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß fundierten, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen seine Majestät bestehende Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. In diesem Zwecke stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger deutscher Reichskanzler trage ich für meine Anteilnahme an den deutschen Staatsrecht geragelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich fühle hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Angelegenheit, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließlich von mir gefordert wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand und internationale Beachtung nicht verjagen wollen, daß ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Es meiner bringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.

Hohenstein, den 25. Juni 1919. gez. Bethmann-Hollweg.
Ein deutsch-polnischer Bundesstaat.

Berlin, 30. Juni. Nach dem „Vol. Anz.“ wird in Gesprächen deutscherseits die Einrichtung eines deutsch-polnischen Bundesstaates aus den von Preußen abgetretenen Gebieten erachtet, der angegliedert an Konventionen und Gattungen eigene Verwaltung haben soll.

Düsseldorf im Belagerungszustand.

Berlin, 30. Juni. Die Arbeiterbewegung droht nach dem „Vol. Anz.“ auch nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet überzugreifen. In Düsseldorf ereignete sich ein Angriff auf Soldaten, die entworfen und misshandelt wurden. Daraufhin wurde der Belagerungszustand verhängt.

Einige Artikel nicht ausführbar.

Berlin, 30. Juni. Der „Deutsch. Allg. Anz.“ zufolge erklären die Reichsminister E. Beth und Hermann Müller gegenüber einem Vertreter der Amerikanischen Agentur United Press u. A. Wir haben ohne irgendwelchen Vorbehalt unterzeichnet, das deutsche Volk wird in seinen Kräften bestehende um um zu verhindern, sich den Friedensbedingungen anzupassen, wir glauben jedoch, daß die Entente es in ihrem eigenen Interesse für nötig erachtet wird, angesichts der Unmöglichkeit der Ausführung einige Artikel umzuändern. Wir denken, die Entente wird nicht auf die Auslieferung des Kaisers bestehen, die deutsche Zentralregierung wird einen Angriff gegen Polen keinerlei Unterstützung verleihen.

Berlin, 30. Juni. Der „Vol. Anz.“ meldet: Wilson verwarf seine Absicht am Sonntagabend.

Berlin, 30. Juni. Sein Vizepräsidenten von Königsherg wurde nach einigen Wählern der ehemalige Gewerkschaftsleiter Lubbing ernannt.

Die erste Sozialisierung in Preußen. Der Preussische Landesparlamentarismus ist gegen die Gegentwurf über die Kommunalisierung der Alltagsgesellschaft Charlottenburger Wasserwerke zugegangen, die 39 Gemeinden mit Wasser versorgt. Die Sozialisierung dieses Unternehmens bereite, weil es sich um eine Alltagsgesellschaft handelte, weil der Staat nicht den Betrieb übernehmen, sondern an die beteiligten Gemeinden übertragen werden sollte, und weil die Zahl der Beteiligten außerordentlich groß ist, besondere Schwierigkeiten. Die Frage ist in der Weise gelöst worden, daß die Aktionäre verpflichtet werden, ihre Aktien binnen einer vom Minister des Innern zu bestimmenden kurzen Frist bei der Preussischen Staatsbank zu hinterlegen,

welche sie dann an die Gemeinden übereignet. Die Aktionäre werden nach dem Wert der Aktien entschädigt, der nach dem Kursstand zwischen dem 31. Dezember 1918 und dem 30. April 1919 von einem Schiedsgericht festgelegt wird. Nicht ausgelieferte Aktien werden für kraftlos erklärt. Drei Monate nach Übernahme der Werte durch die Gemeinden treten in den Aufsichtsrat je 1 Vertreter der launfälligen und ledigen Angestellten und der Arbeiter.

Ein Millionenüberschuß bei Kriegslieferungen.

Der demotografische Abgeordnete Kühle hat in der Preussischen Landesversammlung folgende kleine Anfrage gestellt: Nach bisher unmitteilbarer Nachrichten hat die deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakfabriken in Wälder in Westfalen einen Ueberschuß von 44 Millionen Mark erzielt, über den 18 Aktionäre frei verfügen sollen. Was geschieht die Preussische Staatsregierung zu tun, um das zu verhindern und die Interessen des gelonten preussischen Tabakgewerbes und der Allgemeinheit bei der Verteilung des Ueberschusses zu sichern?

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 1. Juli 1919.

Das neue deutsche Kleingeld. Es ist Anweisung ergangen, daß die Ausprägung von neuartigen Kleingeldmünzen in verstärkter Maße vorgenommen wird, um dem Mangel an kleiner Münze abzuheilen. Zu Betracht kommen als Goldstück nur 50-Pennig-Stück, von deren 10 Millionen hergestellt werden sollen. Etwa 5 Millionen sind bereits ausgeprägt. Von Silbermünzen (5-Pennig-Stück) sind etwa 37 Millionen, von Zinkmünzen (10-Pennig-Stück) 29 Millionen ausgeprägt. Es ist zu erwarten, daß demnächst eine neue Anweisung des Bundesrats zur Ausprägung weiterer Kleingeldmünzen ergeht. Kupfermünzen werden aus ähnlichen Gründen nicht mehr hergestellt, ebensowenig die früheren nicht genannten Goldstücke. Über eine beabsichtigte Ausprägung eines 2 1/2-Pennig-Stückes ist nichts bekannt. Es sind auch kleinere Metallüberzüge angeordnet worden, so daß man mit der Einführung dieser Münzen nicht rechnen kann.

Bereitigung zum Waffenstrafen. Viele aus dem Kreisen der Bevölkerung sind in Unklarheit über die Berechtigung zum Waffenstrafen der Angehörigen der Reichswehr und der alten Armee. Um hier Aufklärung zu schaffen und Zweifel zu beseitigen, wird auf einen kriegsmilitärischen Erlaß aufmerksam gemacht, wonach die Seitenwaffe während des Dienstes, auf dem Wege zum und vom Dienst stets zu tragen ist: im übrigen ist das Anlegen der Seitenwaffe freigelegt. Die Berechtigung zum Dezentragen haben alle Militäranghörigen, die über 25 Jahre im Dienstverhältnis stehen. Unter dieser Bestimmung fällt auch das Tragen von verletzlichen Ehrenorden. Das Tragen von Schulzeugen darf von den nicht zum Wehrdienst befähigten Personen nur auf besonderen Befehl aus dienstlichem Anlaß zugelassen werden.

Zur Warnung. Staatlicher Güterverwalter J. Rosens in Jalisch schreibt uns: In Nummer 222 Freie Zeitung finden wir unter Landwirtschaftliches eine Warnung vor gewissenlosen Güterverwaltern, auf welche ich noch besonders hinweisen möchte. Ich komme aus Schlefien einen Fall, wo ein Gut in der Nähe einer Stadt, vom Besizer veräußert werden mußte, weil dieser nicht auf seine Rechnung kam, obwohl er ein aus kann tüchtiger, fleißiger und mäßiger Landwirt war. Der darauf folgenden Besizer wurde der Kauf nur dadurch ermöglicht, daß der Agent sich beteiligte und dadurch gewissermaßen die Gewähr leistete, daß bald ein anderer das Gut kaufen würde, was auch geschah, und zwar mit großem Aufschlag. Ich frage also alter Landwirte: „Was soll dabei herauskommen?“

Wir haben nach dreißigjähriger Praxis zu kämpfen und zu sorgen, um die Zinsen herauszuwirtschaften, es werden allgemein Phantasiepreise gezahlt, ohne Rücksicht darauf ob eine Verzinsung möglich ist. Das Ende vom Liede ist ein großer Abdraderakt, anders ist es nicht möglich, und zwar schon in 2 bis 3 Jahren. Mächtig sind doch die Werber um Güter an Genossenschaftigen werden, welche durch Hochpreise, b. h. Landwirte, jedes Gut vorher besichtigen lassen, ehe sie es anstellen und die Verkäufer begleichen, anstatt einem Agenten die Vermittlung zu übertragen, welchem es nur auf eine hohe Provision ankommt, der aber im Grunde genommen kaum einen Dehen von einer Kuh untercheiden kann. Ich habe sogar Verträge von unserer Regierung, daß sie einem derartig gemeinen Landwirts ein Ende machen würde. Jeder Güterverwalter müßte von Rechts wegen die Befähigung nachweisen, daß er ein Gut tätigen und beurteilen kann. Das ist das mindeste, was man verlangen muß.

Vorausichtige Witterung am 1. Juli 1919.

Zeitweise wolkig, trocken, warm.

Wetterbericht, 27. Juni. Nachts sind Diebe in die Lagerräume des Konsumvereins eingedrungen und haben in der Hauptsache Seife, Konserven, Zucker, Mehl, Brot, Grieß, Feinmehl, Pfälzern, Gewürz, a. a. m. von bedeutendem Werte gestohlen.

Reinigung. (Gewaltige Pferdebeie.) Am Johannisfest hatte sich ein Berliner Pferdehändler mit zwei Schloßern in aller Eile aufgemacht, um sich das jetzt so begehrte Material für seinen Handel frisch zu beschaffen. Als der Landwirt Fritz Fuchs in Wipperfurth bei Wöls in Sachsen-Altenburg früh um 4 Uhr seinen Stall terat, merkte er, daß ihm ein Pferd gestohlen und einer verschlossenen Kiste ein Wagen herausgeholt worden war. Das Albernah hatte er schon gearbeitet und nicht nur bei ihm, sondern als er gleich darauf dem zuständigen Gendarmeriekommissar Anzeige erstattete, teilte ihm dieser mit, daß auch bei einem Wälderbesitzer in Klein-Geersdorf eben zwei Pferde gestohlen worden waren im Werte von 15 000 Mark, während das Pferd des Landwirts Fuchs etwa 5 000 Mark, der Wagen 800 Mark und das Geschirr 200 Mark wert hatte. Fuchs nahm sofort die Spur der Pferdebeie auf und ist ihnen mit dem Hade von früh 5 Uhr bis Mittag gefolgt, hat jedoch hier in Naumburg ihre Spur verloren. Die benachrichtigte Polizei war auf den Einar, konnte aber die Diebe nicht ermitteln, denn die Berliner waren im Zickzack durch die Stadt gefahren. Der Polizeikommissar aber hatte eine

Beitrag: Kriegsfamilienunterstützung.

Die Unteroffiziere und Mannschaften der Reichswehr und des bisherigen Heeres erhalten jetzt für ihre Angehörigen, deren Ernährer sie waren, Wohnungszuschüsse. Laut Erlass des Reichsministeriums des Innern vom 19. 6. 1919, ist daher die Zahlung der Kriegs-Familienunterstützung für Angehörige dieser Mannschaften mit dem 30. Juni d. Js. einzuhalten.

Auch die in den Grenzschutz und in Sicherheits-Formationen eingeteilten sowie den Aufstellungs-Kommandos und Abwärtungsstellen der alten Truppenteile angehörenden Militärpersonen werden jetzt vermutlich für ihre Angehörigen Wohnungszuschüsse erhalten. Wichtig ist auch auf diese Soldaten Kriegs-Familienunterstützung nach dem 30. Juni d. Js. nicht mehr zu zahlen. Nur wenn die Angehörigen dieser Mannschaften Bescheidnungen der betreffenden Formationen beibringen, daß diese Wohnungszuschüsse nicht zahlen, kann die Weiterzahlung der Kriegs-Familienunterstützung in diesen Fällen erfolgen.

Eine Nachzahlung der Kriegs-Familienunterstützung bis 30. Juni d. Js. für neu eingetretene, deren Angehörige mit Rücksicht auf die Wohnungszuschüsse Familienunterstützung noch nicht erhalten haben, ist nicht stattd. Dagegen ist die Kriegs-Familienunterstützung auch vom 1. Juni d. Js. ab weiter zu zahlen.

- a) den Angehörigen der Kriegsgefangenen,
- b) der Familien der Gefallenen und Vermissten bis zum Bezug der Versorgungsgebühren,
- c) den Angehörigen der vom Feinde verschleppten und im feindlichen Auslande festgehaltenen Personen,
- d) den Angehörigen der noch nicht entlassenen und in Lazaretten b feindlichen Heeresangehörigen. Diese müssen aber ebenfalls baldig Bescheidnungen der Lazarettverwaltungen beibringen, daß Wohnungszuschüsse nicht gezahlt werden. Andernfalls fällt auch hier die Kriegs-Familienunterstützung weg.

Die Ortsbehörden haben das hiernach Vorherbeide sogleich zu veranlassen, insbesondere die Poststellen mit entsprechender Anweisung zu versehen.

W e i ß f e l d , den 27. Juni 1919.

Der Kreisaußschuß. S. A. Frhr. v. Preußen.

Bekanntmachung

Die Geschäftsstelle des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge im Landkreise Weißenfels befindet sich in Hohenmölsen, Rathauszimmer 8 und wird durch Herrn Bürgermeister Hölz geleitet. Dort wird an jedem Vormittage, auch Sonntags in der Zeit von 9—12 Uhr jede gewünschte Auskunft an Kriegsbeschädigte erteilt.

Die Anstellungen der Kriegswunden nebst Entlassenen liegen in Hohenmölsen, Teuchern und Diesfeld im Ratseifer zur Genehmigung aus. Darin befinden sich auch Bekanntmachungen, welche die Kriegsbeschädigten betreffen, worauf hiernit besonders hingewiesen wird.

W e i ß f e l d , den 25. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses, S. A. v. Preußen.

Deutsch-nationale Volkspartei.

Ortsgruppe Teuchern.

Donnerstag den 3. Juli or. abends 8 Uhr

Berufung

im hinteren Zimmer des Rathseifers.
Vortrag: Volksschulen. Herr Oberpfarrer Wagemann.
Alle Mitglieder und Freunde der Partei werden dringend eingeladen.
Der Vorstand.

Freiwillige Versteigerung.

Am Mittwoch, den 2. d. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr verlaufe ich im Norddeutschen Hof

2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kommode, 1 Tisch, 2 Spiegel, 1 Küchenschrank, 4 Stühle, 2 Lampen, 1 Wanduhr, Küchenblech u. Bretter, Waschgefäße, 1 Waschtorb, 2 Cylinderhüte, mehrere paar Kinderhüte und andere Sachen mehr, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.
Wohnewoda, Gerichtsvollzieher.

Franz Lisker - Zahnpraxis

empfiehlt sich zur Anfertigung künstlichen

Zahnersatzes

Kronen, Brücken, Stift-Zähne sowie Zahnziehen, Plompen, Zahnreinigen.

Sprechzeit von 8 bis 12 und 2 bis 6 Uhr.

Pa. Reisstärke

eingetroffen bei

Rob. Näther.

ff. Voll-Heringe

schon- und stückweise

empfiehlt

R. Näther.

Stroh hat abgegeben
A. Zausch, Erdhuhn.
Darauf ist ein Aremband gefunden.

Hotel z. Löwen.

Baers Leipziger Sängerkommando kommen Sonntag den 6. Juli.

Ende bis 1. Oktober 1919 eine 4 Zimmer Wohnung in Teuchern. Werte Offerten an Obermonteur Hölz Oberstr. 10.

Eine Wohnung ist zu vermieten, und kann sofort bezogen werden. Markt 16.

Eine Giebelwohnung sofort oder später zu beziehen. Zeitstr. 26.



Schützenverein Teuchern.

Mittwoch, den 2. Juli abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

Sehr wichtige Tagesordnung
Der Vorstand.

Schützenverein Schortan.

Am Mittwoch, den 2. Juli

Berufung.

Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Warnung.

Warne hiernit die gemieteten Subjekte, die falsche Gerüchte über mich verbreiten, dies zu unterlassen andernfalls ich gegen jeden gerichtliches Verfahren einleite.
Emil Wolf, Oberbürgermeister, Rittergut Borsan.

Das Betreten der Felder sowie Feldwege in der Nähe Oberhämde ist hiermit bei Strafe verboten.
Gemeinde Oberhämde.

Anfertigung

für den ganzen Tag sofort gesucht. Gleich ob Frau oder Mädchen.
Bahnstr. 22.

Ein junges 2. Dienstmädchen zum 15. Juli gen. i.
Hotel Preussischer Hof Hohenmölsen.

Ein Junge oder Mädchen, Abtragen gesucht Bröckel Ziegeler.

Arbeiter zum Rippachreinigen können sich melden.
Mühle Rembchen.

Kellnerlehrling für sofort gesucht.
Hotel Preussischer Hof Hohenmölsen.

Jüngerer Pferdebedient stellt noch ein
Richard Gäbler, Unterhaldens.

Fahrrad mit Bereifung zu verkaufen.
Bahnstr. 7.

15 eiserne Bettstellen mit den zugehörigen Brettern und eine große Handhüte zu verkaufen.
Bahnstr. 5.

Grosshandelshaus sucht an allen Orten Frauen, die den Verkauf von Hemdentüchern, Gardinen, reinmollenen Kleidern usw. nach Mustern gegen Provision vermitteln. Offerten unter F. 2573 an Huvag (Haasenstein & Vogler, A. G.) Halle a. S.

Bekanntmachung! Rein Miso, aber guten Nebenverdienst ohne gebundene Tätigkeit durch täglich vorkommende Zufälligkeiten, Gelegenheitskommissionen etc. finden Besizer, Landwirte, Geschäftsl. etc. Beamte Handwerker als Berufsersatz, Sachverständige u. dgl. bei gemeinnützigen und äußerst lukrativen.

Dr. Landwirtschaftsbank, e. G. m. b. H. zu Berlin. Auskunft erteilt Beauftragter der hiesigen Bezirksdirektor Herr Herm. Schmidt, Landstr. 32, Bahnstr. 32.

Freiwillige Eisenbahntuppen (Reichswehr).

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen so wie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben. Handwerker werden bevorzugt.

Löhning für Unteroffiziere und Mannschaften:

- a) mobile Löhning nach Dienstgraden,
- b) eine Reichwehrlöhning von z. Zt. 5.— Mark,
- c) Löhningzuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich

- 1. Militärpapiere,
- 2. polizeiliches Führungszeugnis,
- 3. polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).

Meldung und Auskunft:

Werbestelle für Eisenbahntuppen, Magdeburg.

Am Sudenburger Tor, Baracke E.

Achtung.

30 Kirschenpflücker

werden sofort bei

hohen Akkordlöhnen

eingestellt. Zu melden in unseren Kantinen in „Raubdorf“ bei Döbitzchen S. A.

Karl und Adolf Merkel.

Heidekraut

Jugend und zentnerweise gibt ab

August Bergner

Raumburgerstr. 2.

Wirrhaar

läuft zu hohen Preisen, auch empfindlich für

Anfertigung sämtl. Haararbeiten

Albert Hermann,

Servus- und Conzentrleur-Geschäft.

Steinweg 5.

Photographischer Apparat

9x12 mit großem Zubehör verkauft
Zeitstr. 10. 1. Eig. Lms.

Lichtspiele „Weiße Wand“

Dienstag den 1. und Mittwoch den 2. Juli
Ressel Orja

Arme Lena.

Drama in 4 Akten.

Hanne Brinkmann

Frau Gräfin.

Lustspiel in 2 Akten.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

W. HÜHN.

Teuchern.

Am Donnerstag, den 3. Juli 1919 abends 7 Uhr findet im Garten des „Norddeutschen Hofes“, zu Gunsten unserer heimkehrenden kriegsgefangenen Kameraden ein

Wohltätigkeits-Konzert mit anschließendem Ball

statt. Konzert wird ausgeführt vom Musikerverein Teuchern

Zu diesem edlen Werke laden wir Sie hiermit herzlich ein.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben bei den Kriegsbeschädigten:

Richard Hermann, Bergstr. 8,

Ernst Fabian, Unterm Berge 27,

Ernst Bauer, Steinweg,

Gasthof zum Norddeutschen Hof.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Ortsgruppe Teuchern.

Schützen-Saal

Sonnabend, den 5. Juli, abends 6 Uhr
Grosser

Eröffnungs-Ball

Wozu freundlich einladet
G. Schirmer.

